

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1908

31 (6.2.1908)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Abgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage.
Abonnementspreis: Ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 75 Pf., vierteljährlich M. 2.25. In der Expedition und in den Ablagen abgeholt, monatlich 65 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt M. 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht M. 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition:
Luisenstraße 24.
Telefon: 128. — Postzeitungsliste: 8144.
Sprechstunde der Redaktion: 12—1/2 Uhr.
Redaktionschluss: 1/10 Uhr vormittags.

Inserate: Die einspaltige, kleine Zeile oder deren Raum 20 Pf. Total-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vorm. 1/29 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends 1/7 Uhr.

Druck und Verlag
Verantwortlich für den politischen Teil, für Redaktion, Letzte Post, Genelleton und Unterh.-Beilage: A. Weismann; für den übrigen Inhalt: Herm. Kappel.

Druck und Verlag
Verantwortlich für den politischen Teil, für Redaktion, Letzte Post, Genelleton und Unterh.-Beilage: A. Weismann; für den übrigen Inhalt: Herm. Kappel.

Für den Inseratenteil verantwortlich:
Karl Sieglert in Karlsruhe.

Der Gesetzentwurf über Arbeitskammern

Der durch den kaiserlichen Erlaß vom 4. Februar 1890 angekündigt worden war, ist jetzt nach genau achtzehnjähriger Wartezeit dem Reichstage zugegangen. Er sieht vorläufige Arbeitskammern vor; diese sollen Rechtsfähigkeit erhalten, die Behörden durch Gutachten und Erhebungen unterstützen, und Maßnahmen treffen, welche die Förderung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer zum Zweck haben. Sie sollen an die gesetzlichen Körperschaften anrufen werden können, wenn es an einem Gewerbegericht fehlt oder vor diesem eine Einigung nicht erzielt worden ist.

Diesen Kreis ihrer Aufgaben könnten die Arbeitskammern freilich nur dann erfüllen, wenn für eine entsprechende Vertretung der Arbeitnehmer gesorgt wäre. Davon kann aber angesichts der Bestimmungen des Entwurfes gar nicht die Rede sein.

Die Arbeitskammern sollen zur Hälfte aus Unternehmern, zur Hälfte aus Arbeitern bestehen. Den Vorsitz soll eine von der Aufsichtsbehörde zu ernennende Persönlichkeit führen, die weder dem Arbeitgeber, noch dem Arbeitnehmer angehören darf. Die Vertretung des letzteren wird zur Hälfte von den Mitgliedern der ständigen Arbeiterausschüsse gewählt, zur Hälfte von denjenigen Vertretern der Arbeitnehmer, die zur Beratung und Beschlußfassung über Unfallversicherungsangelegenheiten und zur Begutachtung der auf Grund der Gewerbeordnung zu erlassenden Vorschriften gewählt sind. Die Wählbarkeit zu den Arbeiterausschüssen beginnt erst mit dem zurückgelegten 15. Lebensjahr, also fünf Jahre später als die Wählbarkeit zum Reichstage!

Die Zusammensetzung der Arbeitervertretung liefert keinerlei Gewähr dafür, daß in die Arbeitskammer Männer gewählt werden, die wirklich das Vertrauen der Arbeiter besitzen und unabhängig genug sind, ihre Interessen selbstlos vertreten zu können. Der ganze Gesetzentwurf wird der gründlichsten Prüfung und Umarbeitung bedürftig, wenn er wirklich ein Stückchen sozialen Fortschritts bedeuten soll.

„Wir haben gar keinen Grund, Klage zu erheben...“

Ein Gedenkblatt für einen Unglücklichen.
Von Arbeiterssekretär Frank (Frankfurt a. M.).

Es war im Winter 1893 oder 1894, als das amtliche Verkündigungsblatt eines kleinen oberbadischen Städtchens seinen Lesern mitteilte:

„Heute Nacht hat sich der 19jährige Justizaktuar M., der am hiesigen Amtsgericht angestellt war, auf dem städtischen Friedhofe erschossen. Motiv unbekannt.“

Die Leiche wurde in die kalte Erde gebeitet und die Sache war für die Öffentlichkeit erledigt. Ein kleines hölzernes Kreuz bezeichnet heute noch die Stelle, wo die herblichen Ueberreste des Unglücklichen ruhen. Motiv unbekannt. Nun ja, was kann es groß gewesen sein? Wahrscheinlich Liebeskummer! Dies traf jedoch bei M. nicht zu. Er war ein unscheinbarer, schlecht genährter und gekleideter junger Mann, mit einem körperlichen Leiden behaftet, den Freuden dieser Welt gänzlich abhold. Dazu hatte er auch allen Grund. Sein monatliches Einkommen betrug 50 M., in Worten: Fünzig Reichsmark. Vor Jahr und Tag hatte M. die Aktuarsprüfung bestanden. Nicht gut, aber immerhin bestanden. Wie hätte er auch eine gute Prüfung ablegen sollen? Wie alle Inzipienten damals — und zum großen Teil heute noch — mußte er, anstatt sich auf seinen zukünftigen Beruf vorzubereiten, Abschreibarbeiten leisten, jahraus, jahrein. Mit dieser Herkulesarbeit spart sich der Staat erwachsene Kanzlisten, die er natürlich anders bezahlen muß, als junge, der Schule entlassene Leute. Und nun gar M.! Er wurde für seine Schreibarbeit noch bezahlt, mit 50 M. monatlich, während der größte Teil der Inzipienten für zwei- und dreijährige Schreibarbeit keinen Pfifferling erhält. Aber M. war angewiesen, von diesem Einkommen nicht nur sei-

nen gesamten Unterhalt zu bestreiten, sondern er sollte womöglich noch davon nach Hause schicken. Denn dort hielt sich sein altes Mütterlein auf, so arm wie eine Kirchenmaus. Also die Aktuarsprüfung war schlecht bestanden und damit auf lange, lange Zeit hinaus die Hoffnung begraben, eine Aktuarsstelle mit 1020 M. Jahresgehalt übertragen zu bekommen. Noch Mitte der 90er Jahre mußte ein solcher Kandidat 2, 3 oder gar 4 Jahre warten, bis er als Aktuar Verwendung finden konnte. Als Inzipient aber wurde aufgenommen, wer Lust hatte. Der Staat sicherte sich auf diese Weise kostenlose „Schreibkräfte“. Wen das ewige Warten verdrieß, dem wurde eröffnet, daß es ihm überlassen bleibe, sich selbst geeignete Beschäftigung zu suchen. Als M. nun mit seinen 50 M. Defizitgehalt aus Hilfsweise auch Aktuarsdienste tun mußte, mögen seine Leistungen ja noch keine besonderen gewesen sein. Dies war ja auch nicht möglich, denn dieser Dienst war ihm neu und unbekannt. Abfällige Bemerkungen seitens des gestrengen Herrn Chefs sollen ihn — wie mir erzählt worden ist — tief gekränkt haben. Seine Gemütsstimmung wurde immer gedrückt, denn wenn er sich kein gutes Zeugnis erwarb, konnte er erst recht nicht damit rechnen, in absehbarer Zeit eine Aktuarsstelle zu bekommen. Dazu noch sein körperliches Leiden und in der Ferne seine arme Mutter, die immer darauf paßte, von ihrem Sohne finanzielle Unterstützung zu erhalten.

Die Kräfte verließen ihn und die Verzweiflung drückte dem stillen Dulder die Wordwaße in die Hand. Die Kollegen tuschelten sich nachher zu: „Ja, wenn man alles sagen dürfte.“

Die Akten über M. sind vollständig in Ordnung und ich möchte keinem Menschenkinde raten, irgend einer Amtsperson auch nur im entferntesten die Schuld an dem Selbstmorde des M. in die Schuhe schieben zu wollen.

Deutsche Politik.

Für künftige Straßendebungen

macht Naumann in der „Hilfe“ folgenden Vorschlag: „Es ist nur zu verlangen, daß sich die Partei der Demonstrierenden von vornherein mit der Polizei über Richtung und Verlauf des öffentlichen Aufzuges verständigt, wie es in London, Paris und Wien in solchen Fällen geschieht. Dieses geordnete Verfahren hat aber der fürstlich-bülow noch viel unmöglicher gemacht, als es in unserem bürokratischen Berlin jemals war.“

Ist denn nun der Bloß nicht einmal dazu mehr imstande, den Reichskanzler zu der in London, Paris und Wien praktizierten Vernunft zu bringen?

Wirkung der Fahrkartensteuer in Sachjen.

Heber den Einfluß, den die Einführung der Fahrkartensteuer im Jahre 1907 auf die Einnahmen aus dem Personenverkehr der sächsischen Staatsbahnen ausgeübt hat, wird jetzt der amtlichen „Leipzig. Ztg.“ berichtet, daß die Mehreinnahme, die im Berichtsjahre im Personenverkehr erzielt wurde, nur rund eine Million Mark betrug, was gegen 1906 eine Steigerung um 2 v. H. ergibt. Dagegen betrug die Mehreinnahme im Jahre 1906 insgesamt 3 176 726 M., oder 6.9 v. H. gegenüber dem Jahre 1905. Die Einnahmen aus dem Güterverkehr haben hingegen im Jahre 1907 eine Steigerung um 5.9 Millionen Mark oder 6 v. H. gegenüber dem Vorjahre erfahren und sich damit ziemlich auf derselben Höhe gehalten, wie die Mehreinnahme des Jahres 1906 (6.7 Millionen Mark oder 7.6 v. H.) gegenüber dem Jahre 1905. Der Anteil des Personenverkehrs an der gesamten Verkehrseinnahme der Staatsbahnen, der im Jahre 1903 noch 35.2 v. H. und 1906 auch noch 34.2 v. H. betrug, ist im Jahre 1907 auf 33 1/2 v. H. herabgesunken. Es steht nach der „Leipz. Ztg.“ wohl außer Zweifel, daß auf diesen Rückgang die Fahrkartensteuer den stärksten Einfluß geübt hat, denn eine bedeutende Verschiebung des Personenverkehrs zu Gunsten der unteren Wagenklassen ist in Sachjen ebenso eingetreten wie in Preußen. In Preußen sei aber der Rückgang der Einnahmen aus dem Personenverkehr noch erheblicher, weil in Sachjen der Anfall einigermaßen ausgeglichen wurde durch die etwas erhöhten Fahrgehalttarife, die in Preußen schon vor der Tarifreform Geltung hatten. Dort betrug der Preis für Rückfahrkarten schon früher das 1 1/2-fache des einfachen Fahrpreises, während früher in Sachjen für Rückfahrkarten nur das 1 1/4-fache des einfachen Fahrpreises zu zahlen war.

Ausland.

Frankreich.

Französische Priester im Kampfe ums Dasein. Der gegenwärtig in Frankreich herrschende Kulturkampf hat für viele Priester, denen keine anderen als die staatlichen Einkünfte zur Verfügung standen, schwere Existenzsorgen zur Folge gehabt. Vor die Frage gestellt, wie sich ein Dasein durch Arbeit ermöglichen lasse, begannen einige Priester heimlich, fast zaghaft als Werkleute und Ackerbauern den Kampf um eine Existenz. Von dem richtigen Gedanken erfüllt, daß ehrliche Arbeit niemals schändet, verfaßte der Abbe Louis Vallu eine Schrift, in der die eines Priesters „würdigen“ Berufszweige aufgezählt und Weisungen gibt, wie ein Priester arbeiten könne und müsse, um dem kleinen Handwerker keine Konkurrenz zu bereiten. Nach diesen Weisungen genügen für den Priester, der keine Familie zu ernähren hat, wenige Arbeitsstunden am Tage, es bleibt ihm dann noch Zeit genug, in den Wohnungen, vor allem der ärmeren Leute, den Pflichten seines geistlichen Amtes zu genügen, und er wird bei dieser Beschränkung seiner Arbeit niemals anderen das Brot verkürzen. Als Maximum dieser Werttätigkeit bezeichnet Vallu fünf Stunden am Tage, als Minimum fünf Stunden in der Woche. Nur wer sich zur Annahme dieser Bedingungen entschließt, kann dem Verein der arbeitenden Priester beitreten, der über ganz Frankreich verzweigt ist und in einer Zeitschrift ein eigenes Verbandsorgan besitzt. Als Berufsarten, die der Priester ergreifen darf, bezeichnet Vallu in erster Linie alle Zweige der Landwirtschaft, dann mechanische Arbeiten, vor allem Reparaturarbeiten an Automobilen und Fahrrädern, die besonders auf dem Lande erwünschte Einnahmen bringen können; weiterhin Uhrmacherei, Herstellung von Nahrungsmitteln, Einbinden von Büchern und Malereien für kirchliche Zwecke. Im wesentlichen sind alle Arbeiten zugelassen, die sich zu Hause entweder allein oder mit nur geringer Beihilfe, ohne offenen Laden oder Geschäftsbetrieb, verrichten lassen. Nach den Grundsätzen des Verbandes darf der Priester in dieser Tätigkeit unter keiner Bedingung ein Mittel zur Bereicherung erblicken, sondern soll sie lediglich und ausschließlich zur Ermöglichung einer einfachen Existenz ausüben. So lehrt die Not die französischen Geistlichen nicht — beten, sondern ehrlich arbeiten!

Amerika.

Landdiebstahl im Westen Amerikas. Die Prozesse gegen die großen Landdiebe in Colorado, unter denen auch der im Haywood-Prozess tätige Staatsanwalt Vorah eine hervorragende Rolle spielte, haben ein vorläufiges Ende gefunden. Die Aneignung der Ländereien, die lediglich dem Staate für die Ansiedler bestimmt waren, geschah auf sehr einfache Weise durch Vorschlebung von Personen, die als Ansiedler auftraten und ihren Besitz dann durch Scheinkauf an ihre Hintermänner auslieferten. Auf diese Weise sind in Colorado und Californien über eine halbe Million Acker, Staatsländereien in den Besitz von großen Spekulationsgesellschaften gelangt. Der Bundesrichter Lewis hat nun zu Gunsten der Spekulanten entschieden. Jeder könne mit seinem Eigentum machen, was er wolle, so auch der Ansiedler. Dieser Entscheidung geht zweifellos gegen den Geist des Gesetzes und die Bundesregierung will sich damit auch nicht zufrieden geben. Wenigstens tut sie so, weil sie ja im Wahljahre volkstümlich erscheinen muß.

Badischer Landtag.

Zweite Kammer.

Hochschulbudget.

Der Landtag ist sehr fleißig bei der Arbeit. Nachdem die Generaldebatte beendet ist, geht's an die Durchberatung der Einzelbudgets. Gestern erstattete Abg. Dr. Obkircher Bericht über das Budget der Hochschulen. Rund 2 1/2 Millionen sind für unsere drei Hochschulen angefordert. Herr Obkircher sprach bei dieser Gelegenheit auch eine Lanze für die Freiheit der Wissenschaft, namentlich im Hinblick auf die neuerdings zutage tretenden hierarchischen Eingriffe in die Lehrfreiheit an unseren Hochschulen. Herr Kopp vom Zentrum machte den vergeblichen Versuch, das Zentrum in diesen Dingen als harmlos hinguellen. „Für die Freiheit der Wissenschaft haben Sie von kirchlicher und Zentrumsseite nichts zu fürchten“ — meinte er. Herr Dr. Heimburger von den Demokraten und Genosse Kolb konnten jedoch mit gutem Recht darauf verweisen, daß die Vorgänge in letzter Zeit das schlimmste befürchten lassen für den Fall, daß der Hierikalismus einmal das Szepter in die Hand bekommt. Genosse Kolb bewies den Herren vom Zentrum schlagend, daß sie im badischen Landtag aus tatsächlichen Gründen ihre wahren Ziele auf dem Gebiete des Schulwesens verhillen. Kolb forderte eine andere Organisation unseres Schulwesens.

so daß die Intelligenz aus den unteren Volksschichten nicht, wie das heute geschieht, verkümmert. Den Nationalliberalen führte er ihre Inkonsequenz und Halbheit zu Gemüte. Auch bei den Nationalliberalen löste die Freiheit der Wissenschaft auf, sobald ein Sozialdemokrat in Frage kommt. Wer die Gefahr des Alexialisismus von den Hochschulen fernhalten wolle, müsse diesen vor allem aus der Volkshochschule verbannen. — Heute wird die Debatte fortgesetzt.

(26. Sitzung.)

Karlsruhe, 5. Febr.

Präsident Fehrenbach eröffnet 10 Uhr die Sitzung. Am Regierungstisch: Staatsminister v. Dusch. Sekretär Müller gibt den Einlauf mehrerer Petitionen bekannt.

Staatsminister v. Dusch nimmt Bezug auf ein Privatgespräch des Abg. Ged mit dem früheren Staatsanwalt Jolly, welches jener am Schlusse seiner geistigen Ausführungen erwähnte. Nach Durchsicht der Akten müsse er, der Minister, dem widersprechen, daß preussische Behörden es gewesen seien, die Jolly zu einer Anklage gegen den damaligen Redakteur Ged veranlaßt hätten. Festgestellt ist, daß Jolly 1893 beantragt wurde, entgegen seiner Meinungsäußerung ein Verfahren gegen Ged wegen § 131 des Strafgesetzbuches einzuleiten. Es handelte sich um Abdruck einiger Artikel aus einer Hamburger Broschüre. (Siehe „Badische Politik“).

Sodann wird in die Tagesordnung eingetreten. Abg. Oskier (nll.) erstattet Bericht über das Budget der Hochschulen.

Auch heute wieder habe ich einen Wunsch der Majorität der Budgetkommission nach Aenderung der Organisation in der Unterrichtsverwaltung vorzubringen. Das Unterrichtsministerium als selbständige Behörde aufheben und ein eigenes Unterrichtsministerium errichten würde. Die Regierung beharrt nach wie vor auf einem ablehnenden Standpunkte. Die Personalunion zwischen dem Direktor des Oberschulrats und dem Referenten für das Unterrichtsministerium im Ministerium ist noch nicht wieder eingeführt. Die Berufung eines Schulmannes an die Spitze des Oberschulrates wird von der Kommission begrüßt. Dagegen gibt sie ihrem Bedauern Ausdruck, daß ihren weitergehenden Wünschen nicht entsprochen worden ist. Redner hoffte aber, daß die Mängel der bestehenden Organisation durch die Errichtung eines selbständigen Unterrichtsministeriums in Bälde beseitigt werden. An den Universitäten Heidelberg und Freiburg werden die reichsausländischen Studierenden mit den inländischen hinsichtlich der Honorare und Gebühren im allgemeinen gleich behandelt. Während die Frequenz der Universitäten stetig wächst, ist an der Technischen Hochschule in Karlsruhe eine absteigende Tendenz zu beobachten, die auf die Aenderung der Aufnahmebedingungen zurückzuführen ist. Die Ausländer haben die gleichen Vorbedingungen, wie sie im Heimatlande vorgeschrieben sind, zu erfüllen. Die Aufnahmegebühr beträgt 20 Mark, der Ausländerbeitrag pro Semester 50 Mark, die Prüfungsgebühr 75 Mark. Die Vergünstigung des Nachlasses des Ausländerbeitrags gegenüber den Reichsausländern deutscher Abkunft und deutscher Sprache besteht auch für die Technische Hochschule. Dies Vorgehen steht in Uebereinstimmung mit der Mehrzahl der deutschen Hochschulen. — Das Krebsinstitut in Heidelberg entfalte sich zum Segen des Landes. Der Neubau des Kollegienhauses in Freiburg müsse jetzt möglichst beschleunigt werden. Die Staatsdotationen sind erheblich gemindert. Die Ausgaben für die Hochschulen betragen im ordentlichen Etat jährlich 2 529 400 Mark, im außerordentlichen Etat für beide Jahre zusammen 1 289 300 Mark.

Im Einverständnis des Präsidenten macht Oskier noch folgende Ausführungen: An einer großen Bewegung könne man nicht vorübergehen. Die Hochschullehrer haben sich zu einer Art Korporation zusammengeschlossen und erstamals im vorigen Sommer in Salzburg einen deutschen Hochschullehrertag abgehalten. Ein Münchener Professor hat dort erklärt, man müsse man dafür sorgen, daß die tüchtigsten Kräfte an die Hochschulen berufen werden. Es bestanden Befürchtungen, daß die Regierungen in die Autonomie der Hochschulen eingreifen wollten. Auch für die Freiheit der Wissenschaft und der Forschung wurden begründete Befürchtungen geäußert, glücklicherweise

nicht im Heimatlande Baden, sondern außerhalb desselben. Wir können stolz darauf sein, daß die badische Regierung nicht daran denkt, in die Autonomie der Hochschulen einzugreifen.

Abg. Kopp (Zentr.): Die Zentrumsfraktion könne dem Wunsche nach Errichtung eines besonderen Unterrichtsministeriums nicht beitreten. Wir scheuen die bedeutendsten Mehrkosten, sodaß wir eine Verbindung des Oberschulrats mit dem Ministerium nicht für zweckmäßig. Wir konnten uns nicht überzeugen, daß das bisherige System Mängel gezeitigt hat. Eine Personalunion zwischen dem Direktor des Oberschulrats und dem Referenten des Ministeriums würde keinem Widerspruch begegnen. Unsere Hochschulen befinden sich in einem blühenden Stande. Redner beklagt es, daß sich der Zugang von Lehrkräften nicht aus dem eigenen Lande reguliert. (Sehr richtig!) Junge Dozenten sollten einen Lehrauftrag erhalten, verbunden mit einem wenn auch nur mäßigen Gehalt. Der Prozentsatz der akademischen Lehrer, welche Wadener sind, sei ein verhältnismäßig minimaler. Bezüglich der Berufung von Professoren führt Redner aus, daß prinzipiell die Vorschläge der Fakultäten maßgebend sein dürfen. Es bestehe die Gefahr, daß noch andere Mängel in persönlicher und politischer Beziehung. Es ist notwendig, daß Regierung und Volksvertretung das Recht zur Prüfung und Kritik haben. Wir wünschen, daß die Freiheit der Wissenschaft gewahrt bleibt, auch in der Theologie, soweit nicht das kirchliche Dogma in Frage kommt. Daß die Kirche auf theologischem Gebiete Einfluß haben muß, sei nichts Neues.

Abg. Dr. Wildens (natl.): An der Lehrfreiheit dürfe nicht gerüttelt werden. Alle Eingriffe von autokratischer Seite müssen zurückgewiesen werden. Auch bei der Theologie muß dies der Fall sein, so lange sie den Anspruch erhebt, als Wissenschaft betrachtet zu werden.

Abg. Vogel (Dem.) bemerkt, daß die Errichtung einer Handelshochschule der Stadt Mannheim und der Handelskammer Mannheim zum Lobe gereiche. Wenn, wie zu erwarten ist, daß auch weitere Kreise der Bevölkerung an der Hochschule interessiert werden, erhebt sich für die Regierung die Frage, ob sie nicht bezüglich der Zuwendung aus der sehr engen Grenze der Mäßigkeit heraudretzen will.

Abg. v. Menginger (Zentr.) bringt Mängel in den Instituten der Heidelberger Universität zur Sprache.

Abg. Dr. Heimburger (Dem.) tritt lebhaft für Errichtung eines selbständigen Unterrichtsministeriums ein. Im eigenen Interesse der Wissenschaft liege es, daß sich die Gelehrten und Forscher auch am öffentlichen Leben beteiligen. Die wirtschaftliche Tätigkeit müsse bei Befragung der Lehrkräfte allein ausschlaggebend sein. Aber in Deutschland, nicht in Baden, sei es da und dort vorgekommen, daß andere Eigenschaften des Bewerbers mitwirkten. Ein Eingreifen der Regierung würde er nur billigen, wenn es offen zutage tritt, daß der Vorschlag der Fakultät aus anderen als nur wissenschaftlichen Rücksichten zustande kam. Ich bin der Ansicht, daß man einer Wissenschaft nicht vorschreiben kann, zu welchen Resultaten sie kommen muß. Das Ziel der Wissenschaft sei einzig und allein die Erforschung der Wahrheit.

Abg. Reumann (natl.): Die Frequenz der Hochschule hänge auch von den wirtschaftlichen Verhältnissen ab. Die wissenschaftlichen Assistenten befänden sich in einer sehr unerwünschten rechtlichen Unsicherheit. Daher komme auch der Wunsch, daß ein Teil der Assistenten in feste Stellung übernommen wird. Bezüglich der Berufungen wollen wir die Freizügigkeit innerhalb der ganzen Nation. Das Volk könne nicht reich genug sein an Geistesbildung. Das Fundament unserer Wissenschaft, unserer Hochschule sei die Freiheit der Forschung, die Lehr- und Lernfreiheit. Ob den katholischen Studierenden, den katholischen Theologen keine Vorschriften gemacht werden, weiß ich nicht. Meines Wissens hat der Staat auch noch nicht den geeignetsten Versuch unternommen, in die Lehr- und Forschungsfreiheit einzugreifen.

Abg. Koll (Soz.):

Die Ausgaben für unsere Hochschulen wachsen von Jahr zu Jahr. Das ist ein Zeichen der Blüte derselben. Hoffentlich leidet darunter die Anforderung für die Volkshochschule nicht. Ein Teil der Mehrausgaben ist auf die Verteuerung der Lebensmittel zurückzuführen. So zeigt sich auch hier der „Segen“ der agrarischen Wirtschaftspolitik. Daß die Militäranwärter bei den etatsmäßigen Dienstellen den andern, die statt dem Militarismus unproduktiv ihre Zeit zu verschwenden, sie ebenso lange und länger in nutzbringender Weise dem Staate geopfert haben,

vorgezogen werden, ist eine schreiende Ungerechtigkeit, die beseitigt werden muß. Möge die Regierung dafür im Bundesrat wirken.

Die steigende Frequenz unserer Hochschulen ist erfreulich, hat aber auch ihre Schattenseiten. Wir haben heute schon ein Gelehrtenproletariat, das immer größer wird, namentlich auf dem technischen Gebiete. Viele studieren, die besser ein Handwerk gelernt haben würden und viele müssen ein Handwerk lernen, die vielleicht wissenschaftlich Großes hätten leisten können. Die Organisation unserer Schule sollte auf der breiten Basis eines guten Volksschule aufgebaut werden. Nicht der Geldbeutel der Eltern, sondern Talent und Wissen sollten den Ausschlag für den Besuch der höheren Schulen geben.

Die Errichtung eines besonderen Unterrichtsministeriums ist zu befehlen. Die Verhältnisse drängen notwendig dazu.

Abg. Kopp hat gemeint, vom Zentrum sei für die Freiheit der Wissenschaft nichts zu befürchten. Das gilt nur, solange das Zentrum nicht die Mehrheit hat. Auf den katholischen Lehren, die Kipp und Klar die Fortschritt der Kirche für die Freiheit der Wissenschaft, wie sich das im Falle des Priordogenen Dr. Krons gezeigt habe. Der Staatsminister benehulich gesagt, die badische Regierung dürfe keine Sozialverträge als Beamte. Daraus muß gefolgert werden, daß auch in Baden sozialdemokratische Gelehrte an Hochschulen nicht geduldet würden. Das ist aber keine Freiheit der Wissenschaft mehr.

Der Unterschied, der von den Nationalliberalen zwischen Ultramontanismus und Katholizismus gemacht werde, sei hinsichtlich konstruiert. In Wirklichkeit sei das ein und daselbe. Der Ultramontanismus wurde im Dogmatismus der katholischen Kirche. Der tiefen Verwerfung, müsse auch den Mut der Antiquarität haben. Der Kampf dränge hier zur Entscheidung, der Lehren die neuesten Vorgänge gegen die Modernisten. Diese Leute verübten heute ihre Ueberzeugung und schlagen sich an dem Tag vor aller Welt selbst ins Gesicht. Hier gibt es nur einen Ausweg, das ist die völlige Trennung von Staat und Kirche, wie sie die Sozialdemokratie fordere. Das bedeutet nicht Kampf gegen die Religion. Diese werde vom Ultramontanismus selbst am meisten geschädigt. Zum Schluß tritt Redner warm dafür ein, daß unsere Volkshochschule auf eine bessere Grundlage gestellt werde. Baden soll seinen Ehrgeiz darin suchen, hier an erster Stelle zu marschieren. (Beifall bei den Sozialdemokraten und Linkenliberalen.)

Donnerstag 9 Uhr: Fortsetzung.

Badische Politik.

Seine eigenen Gedanken

über den Fall Schäufele, der nun einmal noch immer die Öffentlichkeit beschäftigt, hat selbst Herr Ammon, der berufene Beschützer der jetzigen Politik der badischen Regierung. Er sagt über die Situation am Montag:

Trotz einer recht guten Rede des Staatsministers Fehrenbach blieb die Verhandlung unbefriedigend. Auch wenn man mit dem Grundsatze einverstanden ist, daß im Eisenbahndienst keine agitatorische für die Sozialdemokratie tätigen Elemente geduldet werden dürfen, mußte man über das Vorgehen im vorliegenden Fall eigene Gedanken bekommen. Es stellte sich heraus, daß der Former Schänke gar kein eigentlicher Agitator ist, sondern ein harmloser Militärsoldat, der in dem (jetzt einverleibten) Borort Kinheim schon lange Mitglied des Bürgerausschusses war und der aus diesem Grund für den Karlsruher Bürgerausschuß vorgeschlagen wurde. Auf die Eröffnung der Generaldirektion hat er geantwortet, daß er in Kinheim beheimatet und kein Umstürzler sei; darum hat er sich auch gar nicht lange befonnen, und der sozialdemokratischen Partei auszutreten und das Amt eines Stadterordneten niederzulegen. In diesem Falle wurde Schänke an unredlichen Platz gesetzt, und es war selbstverständlich, daß die sozialdemokratischen Redner dies nach Kräften gegen das Eisenbahnministerium ausbeuteten. Daß das Gesamtministerium für den Reformminister eintrat, geschah offenbar aus Gründen der Staatsautorität, konnte aber nicht daran ändern, daß hier offenbar ein politischer Fehler begangen wurde.

Aus dem Leben eines Taugenichts.

Novelle von Joseph Freiherrn von Eichendorff.

21)

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

Wie sie nun soeben mit zum Himmel gerichteten Augen eine lange Gadenz anhielt und der Mann neben ihr mit aufgeschobenen Stöckchen auf den Augenlidern saß, wo sie wieder in den Taft einfallen würde, und keiner im ganzen Garten zu atmen sich unterstand, da flog plötzlich die Gartentür weit auf und ein ganz erhitztes Mädchen und hinter ihr ein junger Mensch mit einem feinen, bleichen Gesicht stürzten in großem Gezanke herein. Der erschrockene Ruffdirektor blieb mit seinem aufgeschobenen Stabe wie ein versteinertes Zauberer stehen, obgleich die Sängerin schon längst den langen Triller plötzlich abgeschmuppt hatte und zornig aufgestanden war. Alle übrigen zischten den Neugekommenen wütend an. „Warbar!“ rief ihm einer von dem runden Tische zu, „du kennst da mitten in das sinnreiche Tableau von der schönen Beschreibung hinein, welche der selbige Hoffmann, Seite 847 des „Frauentaschenbuchs für 1816“, von dem schönsten Hummelischen Wibe gibt, das im Herbst 1814 auf der Berliner Kunstausstellung zu sehen war!“ — „Aber das half alles nichts. „Ach was!“ entgegnete der junge Mann, „mit euren Tableau's von Tableau's! Mein selbst erfundenes Bild für die anderen, und mein Mädchen für mich allein! So will ich es halten! O du Ungetreue, du Falsche!“ fuhr er dann von neuem gegen das arme Mädchen fort, „du kritische Seele, die in der Malerkunst nur den Silberbild, und in der Dichtkunst nur den goldenen Faden sucht, und keinen Liebsten, sondern nur lauter Schätze hat! Ich wünsche dir hinführo, anstatt eines christlichen malerischen Winkels, einen alten Duca mit einer ganzen Mäuzgrube von Diamanten auf der Nase, und mit hellem Silberbild auf der letzten Platte, und mit Goldschmitten auf den paar noch übrigen Daaren! Ja nur heraus mit dem verruchten Zettel, den du da vorhin vor mir verstickt hast! Was hast du wieder angezettelt? Von wem ist der Wisp, und an wen ist er?“

Aber das Mädchen sträubte sich standhaft, und je eifriger die andern den erhofften jungen Menschen umgaben und ihn mit

großem Lärm zu trösten und zu beruhigen suchten, desto erhitzter und toller wurde er von dem Humor, zumal da das Mädchen auch ihr Mäulchen nicht halten konnte, bis sie endlich weinend aus dem verworrenen Knäuel hervorlag, und sich auf einmal ganz unverhofft an meine Brust stürzte, um bei mir Schutz zu suchen. Ich stellte mich auch sogleich in die gehörige Positur, aber da die anderen in dem Getümmel soeben nicht auf uns acht gaben, lehrte sie plötzlich das Köpfchen nach mir herauf und flüsterte mir mit ganz ruhigem Gesicht sehr leise und schnell ins Ohr: „Du abscheulicher Einnehmer! um dich muß ich alles leiden. Da, sed den fatalen Zettel geschwind zu dir, du findest darauf bemerkt, wo wir wohnen. Also zur bestimmten Stunde, wenn du ins Tor kommst, immer die einsame Straße rechts fort!“

Ich konnte vor Verwunderung kein Wort hervorbringen, denn wie ich sie nun erit recht ansah, erkannte ich sie auf einmal: es war wahrhaftig die schnippische Kammerjungfer vom Schloß, die mir damals an dem schönen Sonntag Abend die Flasche mit Wein brachte. Sie war mir sonst niemals so schön vorgekommen, als da sie sich jetzt so erhitzt an mich lehnte, daß die schwarzen Locken über meinen Arm herabhingen. — „Aber, verehrte Mamsell,“ sagte ich voller Erstaunen, „wie kommen Sie?“ — „Im Gotteswillen, still nur, jetzt still!“ erwiderte sie, und sprang geschwind von mir fort auf die andere Seite des Gartens, eh' ich mich noch auf alles recht besinnen konnte.

Unterdes hatten die anderen ihr erstes Thema fast ganz vergessen, dankten aber untereinander recht bergnüglich weiter, indem sie dem jungen Menschen beweisen wollten, daß er eigentlich betrunken sei, was sich für einen ehrliebenden Maler gar nicht schide. Der runde, fixe Mann aus der Laube, der — wie ich nachher erfuhr — ein großer Kenner und Freund von Künsten war, und aus Liebe zu den Wissenschaften gern alles mitmachte, hatte auch sein Stöckchen weggeworfen und flankierte mit seinem fetten Gesichte, das vor Freundlichkeit ostentativ glänzte, eifrig mitten in dem dämlichen Getümmel herum, um alles zu vermitteln und zu beschwichtigen, während er dazwischen immer wieder die lange Gadenz und das schöne Tableau bedauerte, das er mit vieler Mühe zusammengebracht hatte.

Mir aber war es sternklar im Herzen, wie damals an dem

unglückseligen Sonnabend, als ich am offenen Fenster vor der Weinflasche bis tief in die Nacht hinein auf der Weige spielte. Ich holte, da der Humor gar kein Ende nehmen wollte, frisch meine Violine wieder hervor und spielte, ohne mich lange zu besinnen, einen welschen Tanz auf, den sie dort im Gebirge tanzte, und den ich auf dem alten, einsamen Waldschloße gelernt hatte.

Da redten alle die Köpfe in die Höhe. „Bravo, bravissimo ein delizioser Einfall!“ rief der lustige Kenner von den Künsten und lief sogleich von einem zum andern, um ein ländliches Divertissement, wie er's nannte, einzurichten. Er selbst machte den Anfang, indem er der Dame die Hand reichete, die vorher in der Laube gespielt hatte. Er begann darauf außerordentlich künstlich zu tanzen, schrieb mit den Fußspitzen allerlei Buchstaben auf den Rasen, schlug ordentlich Triller mit den Füßen, und machte von Zeit zu Zeit ganz passable Luftsprünge. Aber er bekam es bald satt, denn er war etwas fortpulent. Er machte immer längere und ungeschicktere Sprünge, bis er endlich ganz aus dem weissen Schmutzfluche unaufhörlich den Schweiß abwischte. Unterdes hatte auch der junge Mensch, der nun wieder ganz geistesgegenwärtig geworden war, aus dem Wirtschaftshause herbeigeholt, und ehe ich mich's verah, tangten alle unter den Bäumen und durchgehenden. Die untergegangene Sonne warf noch einige rote Widerscheine zwischen die dunklen Schatten und über das alte Gemäuer und die von Epheu wild überwachsenen, halb versunkenen Säulen hinten im Garten, während man von der anderen Seite tief unter den Weiden die Stadt Rom in den Abendgütern liegen sah. Da tangten sie alle lieblich im Grünen in der klaren stillen Luft, und mir lachte das Herz recht im Leibe, wie die schlanken Mädchen, und die Kammerjungfer mitten unter ihnen, sich so mit aufgehobenen Armen wie heidnische Waldnymphen zwischen dem Laubwerk schlangen und dabei jedesmal in der Luft mit den Kastagnetten lustig dazu schmalzten. Ich konnte mich nicht länger halten, ich sprang mitten unter sie hinein und machte, während ich dabei immerfort geigte, recht artige Figuren.

(Fortsetzung folgt.)

Und politische Fehler rächen sich! Der „harmlose Mitläufer“ wäre im starkbrüder Bürgerauschuß der Regierung wirklich nicht gefährlich geworden. Als gemäßigter Eisenbahnarbeiter hat er der Regierung eine gehörige Portion der Lage gebracht. Zwischen Urjache und Wirkung hat sich also im Falle Schäufele ein eigenartiger Gegenstand herausgebildet, den die Regierung in ihrer politischen Verantwortlichkeit nicht zu entdecken vermochte.

Die Episode unter dem Sozialistengesetz.
Welche Genosse Ad. Gek am vorigen Montag in der badischen Kammer erzählte zum Beweise dafür, daß Baden auch damals unter dem Einfluß Preußens handelte, wurde von Gek wie folgt geschildert:

Der Sohn eines Herrn, der einstens an der Spitze des badischen Ministeriums stand, ist Staatsanwalt gewesen; es war Herr Jolly. Er war einer der heftigsten Verfolger der Sozialdemokratie in den 80er Jahren und auch noch nach Schluß des Sozialistengesetzes. Ich habe sehr viel unter seiner Anklagegehung und Verfolgung gelitten, und als er zu uns nach Offenburg kam, herrschte er wie ein neuer Herr auf seinem Posten, und die Anzahl derer Klagen, die er gegen uns losließ, war nicht gering. Manches Opfer an Geld und an Arbeit hat es gekostet. — Eines schönen Tages bekam ich einen Brief des Inhalts, ich möchte dem Herrn Staatsanwalt heute Abend die Ehre geben, ihn in seiner Privatwohnung zu besuchen! Ich war höchst erstaunt, bin hingegangen und fand dort ein Tischlein gedeckt; es stand darauf eine Flasche Wein mit zwei Gläsern und bald darauf kam der Herr Staatsanwalt Jolly, schenkte in jedes Glas ein und sagte: Wir wollen zuerst einen Schluck trinken. Sie werden sich wundern, daß ich Sie zu mir vorgeladen habe! Und dann dann trug er mir nun folgendes vor: Er sagte mir: Herr Gek, ich bin schon wieder genötigt, eine Anklage gegen Sie zu erheben, von der ich jetzt überzeugt bin, daß sie ungerechtfertigt ist; diese Anklage kommt nicht aus Baden, sondern preussische Behörden sind es, die uns genötigt haben, vorzugehen; ich habe Widerstand geleistet, weil ich es nun endlich satt habe; allein von oben herunter hat man mich gezwungen. Ich will Ihnen nur einfach sagen, daß diese Anklage vor dem Gericht nicht standhalten kann; wehren Sie sich dagegen, wie Sie können, denn ich erkläre eine Ungerechtfertigkeit darin. Ich habe es überhaupt nun genug, ständig diesem Dmang von außen, in unsere Verhältnisse eingzugreifen, Folge leisten zu müssen, ich werde die Anklage vor Gericht nicht vertreten. Ich habe aus diesem Zusammensein mit dem Herrn Staatsanwalt Jolly damals entnommen, daß er durch den Verkehr mit uns im Gerichtssaal, durch das ständige Auftreten als Ankläger, durch die Antworten der Verteidiger und durch die Vernehmung, die er in gegenseitiger Aussprache erfahren hat, nicht Sozialdemokrat geworden ist, Herr Staatsminister, fürchten Sie das nicht, ich möchte das dem Manne nicht nachsagen, sondern doch lernen gelernt hat, daß man uns ungerechtfertigt verfolgt, und daß man uns selbst, als das Sozialistengesetz beseitigt war, auf Grund der vorhandenen allgemeinen konstitutionellen Rechte Unrecht tat und nicht als Bürger behandelt. Und wenige Monate darauf hat der Herr Staatsanwalt Jolly dem Staatsdienste Valet gesagt und ist unter die Journalisten gegangen — allerdings mit der Reserve, wie er sich damals ausdrückte, zurückzukehren, „wenn die Zeiten sich geändert haben“ und wenn er mit gutem Gewissen die Verteidigung der Rechte des konstitutionellen Landes vertreten könne.

Herr Justizminister v. Dusch kam in der gestrigen Landtags-Sitzung auf die Angelegenheit zurück. Was er „festzustellen“ wußte, hat unseres Erachtens nur die Schlußfolgerungen bestätigt, die Gek aus dem seltsamen Vorkommnis zog.

Die Stichwahl in Schopfheim-Schönau
findet bereits am nächsten Samstag, also am 8. ds., statt.

Theater und Musik.

Hoftheater Karlsruhe. Herr Konrad Dreher aus München, ehemaliger Leiter, Regisseur und Hausdichter des Schillertheater Bauerntheaters, hat wie schon des öfteren so auch dieses Jahr wieder an unserem Musiktempel angeknüpft und um Hoffreundschaft nachgesucht. Er hat sie gefunden und der Theaterleitung ein Buch betitelt „Jägerblut“, eines der zahlreichen oberbayerischen Bauern-, Feld-, Wald- und Wiesenspiele, von denen zwölf aus Duden gehen, zum Einstudieren vorausgeschickt. Auch hierin wurde seinem Wunsch entsprochen und so konnte man am vorgestrigen Abend unsere braven Schauspielers der Not gehorchend nicht dem eigenen Triebe in älplerischen Kostümen rustikale Figur machen sehen. Also, das Karlsruher Hoftheater in Schillersee! Man fragt sich mit einigem Verwundern, ob denn an unserer Hofbühne wirklich zurzeit keine anderen Aufgaben zu erfüllen sind, als lediglich dem Herrn Komiker aus München zuzuliebe den ganzen Schauspielapparat aufzubieten und ein vieractiges abendfüllendes Stück, dazu in einer Dialektsprache, einzustudieren, ein Opus, das mit seinen altmodischen plumpen Possenscenen für Bühnen, die ernst dramatische Kunst zu pflegen haben, wohl kaum mehr in Betracht kommen kann und nach den vorgesehene zwei Aufführungen doch wieder vom Spielplan verschwindet. Anders wohl läge der Fall, wenn Herr Dreher mit eigenem Ensemble oder direkt mit den Schillertheatern hierher gekommen wäre, und dann lieber im Stadtgartentheater als im Hoftheater. In Volksspielen derartigen Genres haben wir seit Augengrunder den Geschmack verloren und es ist für unsere Künstler ein mindestens ebenso großes unbeschwerliches Verdienst, daß sie sich dieser ihrer eigentlichen Berufsgattung wegens fremden Sache so vorzüglich angenommen haben, wie es für Herrn Dreher ein billiges Vergnügen war, unter solchen Umständen den Protagonisten zu spielen.

□ Fritz Soot, der frühere jugendliche Liebhaber der Karlsruher Bühne, welcher befanntlich zum Opernsach übertrat und bei Scheidemann in Dresden gegenwärtig seine Studien macht, hat kürzlich im Wiesbadener Kurhaus in einem Konzert gesungen und nach den uns vorliegenden Berichten des „Rhein. Courier“ und des „Wiesbadener Tagblattes“ einen freundlichen Erfolg gehabt. Beiträge, die ihm auf dieses Konzert hin von Seiten der Wiesbadener und Dresdener Soper angeboten wurden, führten zu einem Engagement des jungen Künstlers an die Dresdener Oper und zwar auf die Dauer von 5 Jahren.

Der Militär-Etat im Reichstage.

(95. Sitzung.) * Berlin, 5. Febr.

Die Beratung des Militäretats, Gehaltstitel Kriegsminister wird fortgesetzt.

Hg. Vogt-Hall (w. Rp.) erklärt, die Zollpolitik habe Getreide und Fleisch nicht verteuert, denn auch im Auslande sei ja der Preis gestiegen. Die Landwirtschaft bedürfe in der Frage des Arbeitermangels dringend der Hilfe. Der Ernte-Erkauf an die Soldaten sei daher durchaus notwendig. Redner rügt das Weiteren, daß die Mannschaften bei den berittenern Waffengattungen keine Sonntags-Ruhe hätten, weil sie Hefsel schneiden und sonstige Stallarbeiten verrichten müßten, auch noch des Nachmittags.

Generalmajor v. Gessfattel erwidert dem Vorredner auf eine Anfrage in Bezug auf den landwirtschaftlichen Winter-Schulunterricht für sich freiwillig meldende Soldaten, es lägen in Bayern bis jetzt nur geringe Resultate vor. Die Zahl der Teilnehmer sei im vorigen Winter eine kleine gewesen, etwa 50. Auch habe sich jetzt schon ein Nachteil gezeigt, nämlich: nach dem anstrengenden Tagesdienst sei die Aufmerksamkeit Aller keine gespannte mehr gewesen. Im laufenden Winter handle es sich um zwei Schulen, in Landsbüt und in Passau. Die Resultate seien abzuwarten.

Hg. Müller-Meinungen (fr. Rp.) erklärt, unsere Militär-Gesetz sei dringend reformbedürftig. Müßte man nicht unwillig werden, wenn z. B. der Kommandeur, der den Tod des Leutnants Diez verschuldet habe, noch jetzt im Amte sei? Seine Freunde achteten die Kommandogewalt des Kaisers innerhalb der verfassungsrechtlichen Befugnis, aber die Ansicht, die Generalmajor von Arnim gestern ausgesprochen habe, sei am allermeisten in dem Ton gegenüber dem Kollegen Schrader am Platze gewesen. (Sehr wahr!) Wenn alles Mögliche vom Zivilkabinett resorrtiert, was bleibe denn da noch für den Kriegsminister übrig. (Sehr richtig!) Notwendig sei und bleibe, daß das Militär-Kabinet wieder dem Kriegsministerium unterstellt werde, dann würden alle diese Mißverständnisse nicht mehr eintreten. Das Militär-Kabinet sei ein Gegner jeder großzügigen, modernen Reform auf dem Gebiete des Militär-Strafrechts. Redner beleuchtet im Anschluß hieran die Mängel des Beswehrrechts, das nicht so funktioniere, wie es funktionieren müßte. Die Trübs, die gegen die Beswehr angewendet würden, um sie von den Militär-Gerichtsverhandlungen fern zu halten, weiter die kostenmäßige Abschließung der Offiziere, die in kleinen Garnisonen noch gesellschaftlich genährt werde. Wir, so schließt Redner, werden niemals aufhören, diesen Mißstand zu bekämpfen. Das Haus aber bitten wir: nehmen Sie unsere Resolution über die Reform des Militär-Strafrechts möglichst einmütig an. (Beifall.)

Generalmajor Sigt von Arnim erwidert, er habe vergebens in dem Stenogramm seiner gestrigen Rede nach einem scharfen Ausdruck gesucht, den er gegen Herrn Schrader gebraucht haben sollte. Er habe nicht das Militär-Kabinet als einen Grundpfeiler der Armee und des Staates bezeichnet, sondern er habe die freie unbedingte Kommandogewalt des Kaisers als einen solchen Grundpfeiler bezeichnet. Die Kommandogewalt des Kaisers besitze aber nicht nur nach seiner, sondern auch nach Ansicht aller Staatsrechtslehrer zu Recht und es sei nur seine Pflicht gewesen, wenn er gegen eine solche Beschränkung der Rechte des Kaisers Stellung genommen habe. (Lebhafte Bravo! rechts.)

Hg. Wieland (südd. Rp.) tritt nicht nur für die Einführung der zweijährigen Dienstzeit bei der Kavallerie, sondern auch für Herabsetzung der Dienstzeit bei der Infanterie ein. Unter Hinweis auf die Daten der Württemberger im deutsch-französischen Kriege empfiehlt Redner, die Dienstzeit wenigstens, wenn auch nicht auf 1 Jahr, so doch auf die Zeit wie früher in Württemberg herabzusetzen.

Hg. von Oldenburg (lonf.) meint, die freisinnigen Abgeordneten könnten sich wegen der Kompetenz des Kriegsministeriums beruhigen. Diesem sei ja doch u. a. die ganze Militär-Gesetzgebung unterstellt. Das Verhältnis der Offiziere zu ihrem allerhöchsten Kriegsherrn sei ein rein persönliches. Daran dürfe niemand rühren. Dem bayerischen Militär-Bevollmächtigten spreche er seinen Dank aus als alter Kavallerie-Offizier für die getrimmen Worte gegen das Verlangen nach der zweijährigen Dienstzeit für die Kavallerie. Weiter wendet sich Redner gegen den Gedanken des Abgeordneten Bebel betr. Militärheer. Die Mißhandlungen hätten bei uns abgenommen. Für den Mißbrauch der Dienstgewalt im Zusammenhang mit § 175 des Str.G.B. sei kein Ausdruck zu stark, keine Strafe zu schwer. Zusatzhaus müßte darauf sehen. Redner wendet sich zum Schluß gegen die Sozialdemokratie.

Hg. Häbler (Zent.) vertritt nochmals kurz seinen Standpunkt hinsichtlich der zweijährigen Dienstzeit für die Kavallerie und reitende Artillerie.

Hg. Silbert (w. Rp.) befragt insbesondere die Ernte-Urlaubs-Resolution.

Hg. Häbler (w. Rp.) empfiehlt die von ihm beantragte Resolution betreffend Unterzucht und landwirtschaftliche Naturkunde für freiwillige Teilnehmer im Heere.

Hg. Zubeil (Sog.):

Wenn wir unsere Teilnahme an einer Weilschuldgebung für den König von Portugal abgelehnt haben, so befinden wir uns in guter Gesellschaft. Das ungarische Parlament hat eine solche Beteiligung auch mit der Weilschuldgebung abgelehnt, daß der König von Portugal ein Feind des Parlaments gewesen ist. Was die Perimeterung der Volksrechte führt, das kann Herr von Oldenburg ja an Portugal sehen, wo der Diktator Franco die Macht ergriffen hat. Wenn ihm dieser Erfolg der Diktatur gefällt, so mag er es damit auch in Deutschland versuchen. Die Reden des Herrn v. Oldenburg werden uns nicht abhalten, unsere Beschwerden, namentlich gegen das Offizierkorps, hier vorzubringen. Die Mißhandlungen bauern im stillen nach wie vor an, wenn sie auch im ganzen abgenommen haben mögen. Sie (zu den Konserativen) tragen die Verantwortung, wenn die Mißhandlungen fortbauern, indem Sie den Soldaten die Möglichkeit nehmen, zur Selbsthilfe gegen ihre Schinder zu greifen. Das Beswehrrecht ist da, aber jeder, der Soldat gewesen ist, weiß, was einer zu erwarten hat, der sich über einen Vorgesetzten beklagt. Redner schildert eine Reihe Mißhandlungen. Eine Folge liegt nach Ihrer Rechtsauffassung nur vor, wenn jemand zum Krüppel geschlagen wird. Für die kostenlose Urlaubsbefreiung auch wir ein, aber höher als diese Befreiung steht die Verbesserung der Löhne.

Hg. Leonhart (fr. Rp.) beschwert sich über die Konkurrenz,

die durch die Sanitätsbeamten den Zivilärzten bereitet werde sowie über die Konkurrenz, die auch den Zivilapothekern bei Konzeptionsvergebung durch Militärapotheker erwachse.

Hg. Frank von Hinderstein (lonf.) weist zunächst die Zuweilschen Klagen über Mißhandlungen in der Armee zurück. Weiter tritt Redner für kleine Garnisonen ein im Interesse der Erhaltung des Heimatfinnes bei den Mannschaften.

Auf eine Anregung des Hg. Lind (natf.) wegen des Lieferungsverwesens in der Armee, an dem das Handwerk beteiligt sei, erwidert Generalmajor v. Lohow, daß die Verwaltung nach Möglichkeit bestrebt sei, den berechtigten Wünschen des Handwerks entgegenzukommen.

Hg. Hausmann (südd. Rp.) hält dem Generalmajor von Arnim vor, derselbe habe auf die verschiedensten bestimmten Anfragen und Angaben Müller-Meinungen keine Antwort gegeben. Tages habe er immer wieder die Kommandogewalt des Kaisers betont. Wir sind hier doch wahrlich nicht dazu da, die Säden zusammenzuschlagen, wenn nur das Wort Kommandogewalt ertönt. (Lebhafte Beifall.) Mit Freuden konstatiere ich, daß in Württemberg die Mißhandlungen zurückgegangen sind, aber gerade das ist ein Verdienst der hier geübten öffentlichen Kritik. Uebrigens gibt auch in Württemberg das Beswehrwesen noch zu den allergrößten Bedenken Anlaß. Die Ausführungen des Herrn v. Oldenburg und der Ton, in dem sie gemacht wurden, ließen deutlich die tiefe Klust erkennen, die zwischen jener Seite (rechts) und uns in den ersten Dingen klafft. (Lachen rechts, Auf: Bloßfreunde.) Ja, meine Herren, solche Klust, wie wir sie von Ihrer Seite hören müssen, die sind es gerade, die die Klust zwischen uns noch vertiefen. (Lebhafte Beifall.)

Generalmajor Sigt von Arnim bleibt dem Vorredner gegenüber dabei, daß das Verhältnis zwischen den Offizieren und dem obersten Kriegsherrn ein rein persönliches sei. Die Annahme, daß dem Militär-Kabinet eine Einwirkung zustehen könne auf preussische Fragen, sei falsch. Dem Hg. Leonhardt habe er zu erwidern, daß den Militärärzten die Zivilpraxis nicht ganz genommen werden könne.

Es folgen dann noch Auseinandersetzungen zwischen General von Arnim und Müller-Meinungen, als deren Ergebnis der Rechts-genannte schließlich feststellt, von Arnim habe erklärt, nicht in der Lage zu sein, die Kompetenzgrenze zwischen Militärkabinet und Kriegsministerium genau anzugeben.

Damit schließt die Debatte. Die Resolutionen werden, abgesehen von einigen zurückgestellten, fast sämtlich angenommen. Abgelehnt wird die sozialdemokratische Resolution wegen allgemeiner Einführung der einjährigen Dienstzeit. Der Titel Ministergehalt wird genehmigt, ebenso debattelos einige weitere Gehaltstitel.

Morgen 1 Uhr Fortsetzung.

Aus der Residenz.

* Karlsruhe, 6. Febr.

Die vereinigten Linksliberalen

protestieren heute Abend im Saale des „Friedrichshof“ gegen die Willowsche Wahlrechtsklärung. Redner ist Dr. Burger von Straburg, ein Führer der linksliberalen Liberalen. Diese Demonstration findet die vollste Billigung aller jener, welche mit uns der preussischen Dreiklassenwahlrecht das baldige Ende wünschen.

Die Geisteskrankheiten im Recht und in der Familie.

Im Kaufmännischen Verein sprach Herr Professor Dr. Endemann gestern Abend im Saale der Eintracht über „Die Geisteskrankheiten im Recht und in der Familie“ vor einem zahlreichen Auditorium. An der Hand von Beispielen schilderte der Redner die ihm in der Praxis vorgekommenen Fälle, in denen Geisteskrankheit die Ursache des Verbrechens war. Für den Richter sei es ungemein schwer, zwischen Geisteskranken und Simulanten zu unterscheiden. Schon oft sei es vorgekommen, daß der Richter, daß alle Bekannten einen Verbrecher für geistig normal hielten, aber der Psychiater an den feinsten äußerlichen Zeichen die Geisteskrankheit erkannt hätte. In anderen Fällen sei bei manchen für verschiedene Rechtsbeziehungen des normale Empfinden vorhanden, aber bei bestimmten anderen Rechtsbeziehungen wieder nicht. In dem bürgerlichen Leben spiele die Entmündigung eine große Rolle. Schon manchen habe die Aussprechung der Entmündigung schwer getroffen, im Interesse der Familie sei es aber notwendig gewesen. Die meisten Entmündigungen hätten wegen Trunksucht zu erfolgen. Die Trunksucht sei eine der Geisteskrankheiten, welche außerordentlich tief einschneidend für das Familienleben sei. Unter der besseren Gesellschaft hauptsächlich sei eine Geisteskrankheit noch zu benennen, und das sei die Degeneration, eine der heimtücklichsten Krankheiten. Die damit behaftenden Menschen aus der menschlichen Gesellschaft auszuschließen, müsse aller Wille sein. Auch die Vererbung und sucht sei zu den Geisteskrankheiten zu rechnen. Eine Vererbung der Geisteskrankheiten sei wohl anzunehmen, aber die bis jetzt darüber bestehenden Statistiken seien noch sehr schwankend. Ein französischer Psychiater habe bei von 100 000 behandelnden Personen 4 Prozent für erblich belastet gehalten, während ein deutscher Arzt 90 Prozent gefunden habe. Man könne wohl sagen, eine Vererbung kann stattfinden, aber sie muß es nicht. Als ein Verbrechen bezeichnet der Redner, daß die Eltern ihren Kindern schon frühzeitig Alkohol einflößten, wodurch das Volk degeneriert würde. Hier eingreifen und die Schäden abzustellen, sei jeder befugt und sogar verpflichtet, dann würde den Geisteskrankheiten entgegengekehrt. Der Redner wurde für den vorzüglichen Vortrag laut applaudiert.

Achtung, Holzarbeiter!

Die Verwaltung des Holzarbeiterverbandes teilt uns mit: Die Differenzen bei Herrn Meiner, Koontrahe 23, sind noch nicht beigelegt, obwohl durch die Organisation schon verhandelt und die Haltlosigkeit des ausgelegten Tuns dargelegt wurde. Der Einfluß des Werkmeisters Schmidt scheint immer noch groß genug zu sein, um Herrn Meiner nicht erkennen zu lassen, wie sehr er sich durch sein Verhalten schädigt. So viel Vertrauen verdient Schmidt ganz und gar nicht, zumal bei denen, die seinen Charakter kennen.

Von der öffentlichen Besprechung der übrigen Mißstände wollen wir für heute absehen, für die Holzarbeiter sei mitgeteilt, daß nach wie vor die Werftatt zu meiden ist.

Dem Herrn müssen alle Dinge zum besten dienen...
 Auch Herrn Thiergarten, dem Besitzer der „Bad. Presse“. In ihrer gestrigen Mittagsausgabe teilt das betrübte Blatt mit, welche Ereignisse der staatlichen und städtischen Behörden sich für das Vorkommnis des Brandes in einem Thiergarten Grundstück interessiert hätten. Man lese:

Als einer der Ersten erschien Herr Oberbürgermeister Siegrist in den Expeditionsräumen der „Bad. Presse“, um auf die Gefahr aufmerksam zu machen. Er wandte auch im weiteren Verlaufe des Brandes den Vorkommnissen sein volles Interesse zu. An der Brandstelle erschienen sodann noch persönlich der Herr Stadtkommandant, S. Exz. Freiherr von Reibitz, sowie außer dem Herrn Oberbürgermeister der Herr Bürgermeister Hörenbach, Herr Polizeidirektor Dr. Seidenadel, der Direktor der städtischen Gas- und Wasserwerke, Herr Stadtkonrat Reichardt, Herr Betriebsdirektor Giesche, mehrere Mitglieder des Stadtrats usw. Wie denn überhaupt die allgemeine Anteilnahme der zahlreichen Freunde der „Bad. Presse“ sich in sehr sympathischer Weise zeigte und dem Besitzer der Zeitung, Herrn Ferdinand Thiergarten, der gleich beim Ausbruch des Brandes erschien und bis zuletzt verharrete, die freundliche Gefinnung von allen Seiten mündlich und schriftlich sich auf das wohlwollendste kundgab. Mit besonderem Danke empfand Herr Thiergarten die Anteilnahme, welche ihm auf Veranlassung Ihrer Königlichen Hoheit der Großherzogin Luise, ausgesprochen wurde. Der Oberbürgermeister Ihrer Königlichen Hoheit sandte Herrn Thiergarten folgendes Schreiben:

Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin Luise haben mit Bedauern von dem Brande gehört und beauftragen mich mit der Uebermittlung aufrichtiger Teilnahme, hoffend, daß der Schaden nicht so groß sein möge.

J. S. B.
 Graf Andlau.

Man erkennt aus diesen Teilnahmeurkunden erst die große Bedeutung des „unparteiischen Blattes“ für die Karlsruher Presse-Verhältnisse. Wir gestehen gern ein, daß wir uns bis jetzt dieser Bedeutung der „Badischen Presse“ für die Allgemeinheit nicht bewußt waren. Ein Glüd, daß nur der Dachstuhl des Gebäudes der „Badischen Presse“ — nicht etwa der der Redaktion — abgebrannt ist. Der Schaden wäre für das öffentliche Leben der badischen Residenz unberechenbar gewesen.

* **Auzetophon-Konzert.** Als nicht zu unterschätzender Konkurrenz für die Herren Berufsmusiker stellte sich gestern Abend im hiesigen großen Festhalle-Saal ein von der Deutschen Gramophon-Aktiengesellschaft aufgestellter Riesengrammophon vor. Wer da glaubte, einen der so viel gehörten ächzenden und krächzenden Apparate vor sich zu haben, sah sich enttäuscht. Die zu Gehör gebrachten Gesang- und Musikstücke wurden rein und mit großer Deutlichkeit vorgetragen, was bei dem überaus zahlreichen erschienenen Publikum, worunter wir viele Musikkenner bemerken, allgemeine Bewunderung hervorrief. Aus dem geschicht zusammengefügten Programm sei besonders erwähnt: *Urie des Vasco aus „Africana“*, der Prolog aus *„Wajazzo“*, gefungen von dem berühmten italienischen Sänger Enrico Caruso; *Urie der Violetta aus „Traviata“* (Geraldine Farrar, Igl. Hofopernsängerin); *Gebet der Elisabeth aus „Lannhäuser“* (Emma Destinn, Igl. Hofopernsängerin); *Cavatine aus „Faust“* (Karl Jön, Igl. Hofopernsänger); *Wie freu ich mich, Buffo-Duett aus „Die lustigen Weiber“* (Paul Knipfer und Herrn. Bachmann, Igl. Hofopernsänger); *Brüberlein und Schwesterlein aus „Die Fledermaus“* (gesungen von Mitgliedern der Igl. Hofoper in Berlin nebst Chorbegleitung); ferner seien lobenswert erwähnt: Ein Walzertraum (O. Strauß), Guido Gialdini, Kunstpfeifer, sowie einige Klyphonvorträge. Sämtliche Nummern gelangten mittels Auzetophon (Grammophon-Starktonmaschine) zur Vorführung und lösten jeweils großen Beifall aus.

* **Heims flüssiger Kaffee** wird morgen, Freitag, in der O. St. Stadt zur Probe verabreicht. (Siehe Inserat.) Die uns übermittelte Probe des flüssigen Kaffees ist, soweit wir uns ein Urteil erlauben wollen, recht gut ausgefallen. Die Zubereitung erfordert nur das Zugießen von kochendem Wasser zu einem Kaffeeöffel flüssigen Kaffees auf je eine Tasse, ist also so einfach wie nur möglich, so daß die Hausfrauen, wenn sie erst einmal die Abneigung gegen das Neue überwunden haben, sicher bald gute Freundinnen des neuen Produkts werden dürften. Auch auf Reisen, Ausflügen usw. leistet Heims flüssiger Kaffee gute Dienste. Dabei ist der Kaffee viel billiger als der seit her gebräuchliche, und kommt eine Tasse feinsten Kaffees auf 2 Pf. gewöhnlicher Kaffee auf 1 1/2 Pf. (ohne Milch). Das Geheimnis dieser Billigkeit liegt darin, daß bei der seit herigen Herstellung des Kaffees derselbe nicht voll ausgenutzt wird, während bei Heims flüssigem Kaffee die Kaffeebohnen mehlfertig gemahlen, angefeuchtet und dann mittelst Vakumpresse ausgepreßt werden, so daß der Kaffeebohne der höchste Wert gegenüber dem seit herigen Verfahren der Kaffeebereitung herausgeholt wird. Heims Kaffee ist also kein gemischtes Produkt, sondern lediglich der Extrakt der Kaffeebohne.

Badische Chronik.
Freiburg.

5. Februar.
 — Am nächsten Samstag findet der Maskenball für die Arbeiterschaft statt. Es ist dies der erste Maskenball, der in Freiburg von den organisierten Arbeitern abgehalten wird. Die mitwirkenden Vereine, Turner, Madler und Sänger, sind in Gemeinschaft mit der Festkommission eifrig an der Arbeit, um ein recht feierliches Fest zustande zu bringen. Es liegt nun noch an den Arbeitern und Arbeiterinnen, sowie an den Arbeiterinnen, auch ihrerseits dazu beizutragen, daß das Fest ein farnevalistisches Gepräge erhält. Wer es sich leisten kann und Lust dazu hat, der erscheine in einem originellen Kostüm. Wer das nicht kann oder will, der soll auf eine andere Art seinem äußeren Menschen ein etwas närrisches Aussehen geben.
 Eintrittskarten sind im Vorverkauf für die Gewerkschaftsmitglieder bei allen Vorständen und auf dem Arbeitersekretariat zum Preise von 80 Pf. zu haben. An der Kasse kosten die Karten 80 Pf. Wer also auf einige Stunden des Lebens Trübsale vergessen will, der komme am Samstag Abend in die Festhalle.
 — Zu der vom sozialwissenschaftlichen Studenten-Verein und dem Freiburger veranstalteten Versammlung hatte sich eine ziemlich große Anzahl Akademiker, auch

Damen, im großen Saale des Restaurants „Fahnenberg“ zusammengefunden. Auf der Tagesordnung standen die Vorträge des Herrn J. Balzer, Sekretär der deutschen Gewerkschaften (Hirsch-Dunder) aus Kaiserslautern über „Die moderne Arbeiterbewegung“ und des Herrn Dr. H. Freilich über „Handelspolitik und Sozialpolitik“. Die beiden Vorträge wurden mit Beifall aufgenommen. In der Diskussion ergriff Hr. Schulze und Herr Arbeitersekretär Engler das Wort, der manche Ausführungen des Herrn Balzer beanstandenswert fand.
 — Nach dem Jahresbericht der hiesigen Innungskassenkasse für das Wädergewerbe war diese Kasse nicht in der Lage, im letzten Jahre den laufenden Verpflichtungen nachzukommen. Noch für nahezu 1200 Mk. sind unbezahlte Rechnungen vorhanden, trotz großer Zuschüsse. Es wurde in der Generalversammlung eine Beitragserhöhung von 1/4 % beschlossen, um der Kasse wieder auf die Beine zu helfen. Dieser Beschluß dürfte vielleicht manchen der hier so zahlreichen Mitglieder der Innungskassenkassen zur Einkehr mahnen.

* **St. Georgen i. Schw., 4. Febr.** Von der Strafkammer im Stande wurde heute der verurteilte entlassene Hauptlehrer Math. Müller von Bahlweiler, Amt Ueberlingen, zuletzt hier in Stellung, wegen mehrerer Sittlichkeitsverbrechen, begangen an Anaben, seinen Schülern, zu 2 Jahren Gefängnis unter Abzug der achtwöchentlichen Untersuchungsfrist, verurteilt. Seine Vergehen betrafen die §§ 174 und 176 B. S. St. G. B.

* **Badisch-Rheinfelden, 4. Febr.** Vor sich! Hier sind vor kurzem eine ganze Anzahl Einwohner von einer Straßburger Wäschefabrik, d. h. von dem Neidenden derselben, hineingelegt worden. Wenn die Leute von den vorgelegten Mustern bestellten, ging ihnen nachher eine ganz minderwertige Ware zu, oder auch eine größere als die bestellte Quantität. In vielen Fällen wurde trotz dreimonatlich vereinbarter Zahlung schon nach 4 Wochen das Geld erhoben. Reklamationen bei der Firma wurden zurückgewiesen mit dem Bemerkten, es sei genau nach Angabe des „früheren“ Neidenden geliefert worden. Es wird nun wohl von Gerichtswegen festgestellt werden müssen, ob dieser frühere Neidende oder die Firma für die Schädigungen haftbar ist. Jedenfalls werden die Leute gewarnt sein, beim Bestellen in Zukunft noch vorsichtiger zu sein.

* **Heidelberg, 4. Febr.** Submissionsblüte. Für die Linderarbeiten am Neubau des hiesigen Lehrerseminars, staatlicherseits zu 26 000 Mk. veranschlagt, gingen 8 Angebote ein. Das Höchstgebot betrug 23 688 Mk. Das niedrigste Gebot blieb um 11 000 Mk. hinter dem staatlichen Vorschlag zurück und belief sich auf 15 085 Mk. (!). Bei solchen Unterbietungen muß man sich, so bemerkt das „Heidelb. Tagbl.“, allerdings fragen, wo der Verdienst herkommen soll.

Kommunalpolitik.

Taglanden, 2. Febr. Wenn die sozialdemokratischen Gemeindevertreter auf dem Damm sind, um zum Nutzen der Allgemeinheit Beschlüsse herbeizuführen, werden sie von unseren Gegnern aber gar noch von der zuständigen Behörde daran gehindert. Das ist ja unsern Lesern bekannt. Aber unbeschadet dessen wird von den Gegnern trotzdem bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit der Vorwurf erhoben, daß die Sozialdemokraten keine positive Arbeit leisten.

Wie den Parteigenossen noch bekannt sein wird, führen wir hier zurzeit den Kampf um das Gemeindegeldholz. Wer halbwegs Kenner der Rheinwaldungen ist, muß zugeben, daß das Holz in denselben so unterschiedlich ist, daß wir bei der Ausgabe durch Verlosen niemals allen Bürgern gerecht werden können. Deshalb stellen die sozialdem. Gemeindevertreter den Antrag, daß das Holz versteigert und der Erlös derselben unter die begünstigten Bürger gleichmäßig verteilt werden solle. Daß wir hier auf Widerstand stoßen können, sollte man kaum für möglich halten, zumal wir noch zugleich verlangen, daß die 500 Eier, welche bisher zum Nutzen der Gemeinde versteigert wurden, ebenfalls den Bürgern zufallen sollten. Um diesen Beschluß durchzuführen, war eine Bürgerabstimmung notwendig, in welcher 888 Bürger für und 82 gegen den Antrag stimmten; also über 200 Bürger fanden es nicht für notwendig, zur Abstimmung zu gehen, was aber daraus zu erklären ist, daß verschiedene, denen das Holz im voraus innegehalten wird, sich daran überhaupt nicht interessierten. Nun kommt aber das Bezirksamt und verlangt diesem Beschluß seine Zustimmung.

Wenn es sich um einen rechtlichen Beschluß handelt, sind wir genötigt diejenigen, welche sich dem Gesetze fügen. Anders sieht aber das Bezirksamt auf einmal auf Seite der Armen stellt und angeblich aus Fürsorge für dieselben seine Zustimmung verweigert. Können wir in dem Falle diesen Standpunkt nicht teilen. In der Begründung selbst heißt es wörtlich: „In Anbetracht der vielen armen Leute, welche das ihnen zustehende Geld nicht wieder zu Holzwecken verwenden und somit der Gemeinde zur Last fallen würden, kann das Bezirksamt seine Zustimmung nicht erteilen.“ Wie naiv! Den Armen will man helfen und den Reichen hilft man. Nun fragen wir das Bezirksamt: Wer kauft denn den Leuten, denen das Gahholz vorenthalten wird, für das kommende Jahr das Holz?
 In der heutigen Nummer des „Taglander Anzeiger“ finden wir die Bekanntmachung des Gemeinderats, in welcher es heißt: „Diejenigen, welche ihre Umlage oder ihre Auflage für das Jahr 1907 bis zum Tage der Ausgabe noch nicht bezahlt haben, wird das Holz zugunsten der Gemeindefasse versteigert.“ Also hier ist die Quittung für die Armenfürsorge. Wir sind sehr dafür, daß die Gemeindefasse zu ihrem Gelde kommt, daß man aber deshalb einem gerechten Gemeindebeschlusse seine Zustimmung verweigert, das können wir nicht begreifen. Wir werden gelegentlich einmal dem Bezirksamt Reminis geben, wo Armenfürsorge nottut.

* **Forzheim, 4. Febr.** In unserer Stadt dürften in nicht allzu ferner Zeit elektrische Straßenbahnwagen verkehren. Wie der „Forz. Anz.“ erzählt, soll dem Bürgerausschuß in seiner nächsten Sitzung der von der Stadt mit der badischen Lokal-eisenbahngesellschaft abgeschlossene Vertrag zur Genehmigung vorgelegt werden.

Neues vom Tage.
Schutz vor Polizeihunden.

Der vierbeinige Begleiter eines Schutzmanns in Zivil hat in Stuttgart abermals eine Helbertat vollbracht, die der Polizei selbst nicht angenehm sein dürfte. Als ein Herr auf seinem

Schlitten die Neue Weinsteige herabfuhr, wurde er plötzlich von einem Wolfshund überfallen und in die Wabe gebissen, so daß zwei blutende Wunden entstanden. Die Frage nach dem Herrn des Hundes verneinte der Schutzmann wiederholt. Als aber der Gehässene den Hund an sich nehmen wollte, beßte der Schutzmann den Hund auf den Mann. Ein unvorsichtiger Schutzmann blieb in der Angelegenheit tatenlos. Er unmittelbar bei der Stadt, als gerade ein Staatsanwalt vorüberging, beauftragte sich der mutige Schutzmann zu der Aufgabe, daß der Hund ihm gehöre. Der Hund war mit einem Maulkorb versehen, hat aber trotzdem beißen können. So zu lesen im „Neuen Tagblatt“ am Mittwoch. Die Angelegenheit wird als Grund für die Verstaatlichung der Stuttgarter Polizei schwerlich anzunehmen sein.

Letzte Post.

Un glaublich.
 Karlsruhe, 5. Febr. Eine zu Hochzeiten stattzufundene Versammlung von Tabakbauern der Bezirke Karlsruhe, Bruchsal und Rastatt erklärte sich für die Zigarettenbanderolesteuer. Diese bringe keinen Nachteil für den Tabakarbeiter. Für den Landwirt sei aber ein großer Vorteil in der Wertsteuer auf Zigaretten zu erblicken, denn die bessere Qualität der einheimischen Tabake werde beim Verkauf nach Einführung der Zigarettenbanderolesteuer mehr wie bisher berücksichtigt werden müssen.
 Daß es auch badische Tabakbauern geben kann, die blindwütig ihre eigenen Interessen mit Füßen treten, hätten wir nie und nimmer für möglich gehalten.

Der Polizeihauptmann von Mannheim genehmigt.
 Karlsruhe, 5. Febr. Im diesjährigen Budget des Ministeriums des Innern ist für die Stadt Mannheim die Stelle eines Polizeihauptmanns angeordnet. Die Budgetkommission hatte seinerzeit die Abstimmung über diese Stelle ausgesetzt. In einer heute Vormittag stattgefundenen Sitzung dieser Kommission wurde die Position genehmigt, nachdem die Regierung erklärt hatte, der Polizeihauptmann sei dem Polizeidirektor unterstellt.

Die Zuderkonvention.
 Berlin, 5. Febr. Zwischen dem Staatssekretär des Reichsfinanzamtes, Freiherrn von Stengel und Mitgliedern aller größeren Parteien des Reichstages haben Besprechungen stattgefunden, die eine Einigung in der Frage der Zuderkonvention bezwecken. Da die Beschlüsse der Kommission unannehmbar sind, einigte man sich dahin, daß die Parteien die Regierungsvorlage ohne Zusatz annehmen, daß dagegen gleichzeitig ein Gesetzentwurf eingebracht wird, welcher die Ermäßigung der Zudersteuer von 14 auf 10 Mark zum Gegenstande hat.

Die Krise in Portugal.
 Was doch alles telegraphiert wird.

Lissabon, 5. Febr. Das neue Kabinett trat gestern Abend 8 Uhr zusammen und nahm von dem Bericht des Untersuchungsrichters und des Militärkommandanten von Lissabon über das Ergebnis der bisherigen Untersuchung Kenntnis. Die Diktatordekrete und die Polizei-Jurisdiktion soll abgeschafft werden und den Gerichten soll nur noch die Aburteilung der gemöhnlichen Delikte überlassen bleiben. Die parlamentarische Immunität wird wieder hergestellt. Alle Departements- und Kommunalverwaltungen, die von Franco ernannt wurden, werden aufgelöst und die Befugnisse der früheren Verwaltung wieder hergestellt. Außerdem sollen die von Franco auf den 5. April anberaumten Kammerwahlen bereits zu einem früheren Termine stattfinden.

Madrid, 5. Febr. Die portugiesische Regierung veröffentlicht eine allgemeine Amnestie. Alle politischen Gefangenen werden freigelassen und alle diktatorischen Gesetze abgeschafft.

Madrid, 5. Febr. Nach dem Leichenbegängnis des Königs und des Kronprinzen von Portugal soll eine Anzahl der gefährlichsten Revolverhörer hingerichtet werden.

Lissabon, 6. Febr. Die öffentlichen Plätze sind nachts von Karlen, meist berittenen, Truppen-Aufgeboten besetzt, während am Tage nur Patrouillen die Straßen durchziehen. Der Militärtrupp Franco bildet noch immer das Gesprächsthema. Der Hof der Menge gegen den Diktator und was von ihm vertretene Regime ist keineswegs erloschen. Leute, die Franco kennen, versichern, daß er der Hauptstadt nicht allzu lange fern bleiben werde. Noch vorgestern trugte er der Volkswut, indem er in voller Uniform auf der Straße spazieren ging, obwohl schon am Tage vorher sein greiser Vater Babelangriffen ausgesetzt war. Die Republikaner nennen den Tod des Königs und des Kronprinzen die Abrechnung des Volkes mit dem bisherigen Verhalten der Regierung und verlangen nachdrücklich die Freilassung der Republikaner, die bis jetzt noch immer nicht erfolgt ist.

Vereinsanzeiger.
 Karlsruhe. (Lassalla.) Die Tanzstunde findet heute Abend um 8 Uhr halber im Vereinslokal „Hotel Monopol“ statt.
 Mühlburg. (Leberarbeiter.) Freitag Abend 8 Uhr im „Mühlkanal“: Mitgliederversammlung. Stellungnahme zum Verbandstag. Volljähriges Erscheinen notwendig.
 Bruchsal. (Arbeitergesangsverein „Harmonie“.) Sonntag, den 9. Februar, abends halb 8 Uhr, findet in der Festhalle zum „Kaiserhof“ unser Faschnachts-Veranstaltung statt, wozu einladet Die Kommission.

Briefkasten der Redaktion.
 3. Wir bitten um Ihren Besuch.
 Titisee. 1. Es handelt sich hier um Darlehensschwindel: wir werden den Schwindel veröffentlichen. 2. Ueber diese Frage werden Sie im Briefkasten des Arbeitersekretariats Antwort erhalten.

Wasserstand des Rheins.
 Donnerstag, den 6. Februar, morgens 6 Uhr:
 G. Hufterinsel 1.02, gef. 1 cm, Neßf. 1.51, gef. cm, Magau 3.00, gef. 6 cm, Mannheim 2.15, gef. 8 cm.

Unterhaltungsblatt zum Volksfreund.

Aieriel. 608 Kilonometer ohne Wärschmeiwesfel. Die Ophobenschweil. gütig erzhören häufig Gerböhmen. trocknen die beizellenden.

Die badische Staatsbibliothek, die seit der neugegründeten, aber in Wirklichkeit völlig weiterlebenden Reg. Gehege alle Kultur- ausgaben bedroht — trotz des ruhmvollen, aber selig erschlafenen Goethe-Darbes — sollte wieder ein barmhertiges Opfer bekommen. Die unwillkürlichen — Schwestern waren natürlich erloschen.

Weisse Woche. Vom 3. bis 10. Febr. kommen zu fabelhaft billigen Preisen zum Verkauf.

Sonder-Verkauf.

Geblichete Hemdentuche 80/82 cm breit, stark-fädige Ware	von 22 an	Geblichete Shirtinge , per Meter	von 16 an
Halb- u. Reinleinen , verschiedene Breiten und bewährte Qualitäten, zu staunend billigen Preisen.		Bett-Damaste u. Brocate , 130 cm breit, weiss und farbig,	per Meter von 78 an

Ca. 2000 Stück Tafeltücher, Tischtücher, Servietten, Handtücher u. Gläsertücher in Rein- und Halbleinen, darunter mit kleinen Fehlern.

Tafeltücher	Stück von	M. 3.50 an
Tischtücher	" "	M. .95 "
Servietten	" "	M. .05 "
Handtücher	" "	M. .20 "

Kissenbezüge m. Sticker. Einsätzen und gebogt	von 68 an	Oberbetttücher mit Stickerei, Hohlraum und geb. 150/250 cm St.	von 3.95 an
120 cm breites farbiges, geb. Tischzeug p. Meter	1.45 an	Farbige Theegedecke mit und ohne Hohlraum u. farb. Tischdecken letzt.	von 50 an

Sensationell! **Ca. 1000 Meter Waschstoffe, in Wollmousseline, Voill, Leinen, Linon, Batist, Organdy, Zephir und Tennis** zum Einheitspreise von 78, 68, 48. 28

Fertige weisse Damen-Hemden, Hosen, Nacht-Hemden und Nacht-Jacken, Anstands-röcke, Stickerei u. Valencienröcke , darunter auch einzelne trüb gewordene Musterstücke enorm billig.	Fertige farbige Damen-Hemden, Hosen u. Anstands-röcke sowie farbige Arbeiter-Hemden , letztere per Stück	von 1.50 an
---	--	-------------

Restbestand von blauen Arbeiter-Joppen Stück M. 1.20
Blau-Tuch für Arbeiter-Anzüge und Schürzen p. Meter von 42 an

Während der weissen Woche sind grössere Posten fertige Damen-Blusen in Spitzen, Seide, Tuch, Wolle, Batist u. Waschstoffen, fertige Kostüme und Unterröcke, letztere in Seide, Halbseide, Tuch, Moire, Wolle, Leinen, Stickerei und Valencien, Damenkleider und Blusenstoffe in schwarz, weiss und farbig Herrenstoffe, darunter 1 Posten schwarz und blaue Cheviots, blau Litterken-Stoff, Militärtuch und Trikot, aussergewöhnlich billig zum Verkaufe ausgelegt.

Besonders für Kleidermacherinnen empfehle: 1 Posten 80 cm breite schwarz und farbige feine Satin mit prachtvollem Seidenglanz per Meter 74 Pfg., 1 Posten Rosshaar-gaze per Meter 6 Pfg.

Der Verkauf von Weisswaren und fertiger Wäsche befindet sich im II. Stock.

Die Preise sind nur für die „Weisse Woche“ gültig und so lange Vorrat reicht.

Doppelte Rabatt-Spar-Marken oder 10% Rabatt werden jedem Kunden ohne Verlangen bereitwilligst verabfolgt.

Muster und Auswählungen werden über die „Weisse Woche“ keine abgegeben.

Jakob Löwe,
(Adolf Löwe Sohn)
en gros Versandhaus in Manufaktur, Mode und Ausstattungen en detail
Telephon 2493. KARLSRUHE Adlersstrasse 18a.
Mitglied des Rabattsparvereins.

Zeugenaufruf.

Am 28. Januar 1908, abends halb 8 Uhr, stürzte in Karlsruhe, in der Nähe der Rebeniusstrasse der Reifschmied Häfeler aus Ruppurr beim Versuch, auf den Zug der Albtalbahn aufzusteigen, ab und wurde zu Tode geschleift.

Den Vorfall hat ein etwa 20 Jahre alter, blond, ca. 1,65 m großer, blaß aussehender Herr, der im Zug fuhr, mitangesehen. Derselbe trug dunklen Ueberzieher und keinen braunen, weichen, oben rund eingedrückten Filzhut und soll ein russischer Student sein.

Der Zeuge wird ersucht, sich bei der Kriminalpolizei in Karlsruhe oder dem Untersuchungsrichter zu melden, desgleichen etwaige dritte Personen, die Angaben über den Zeugen oder den Unfall machen können.

Karlsruhe, 2. Februar 1908.
Großh. Untersuchungsrichter I beim Landgericht.

Zu kaufen gesucht.

Wer die höchsten Preise erzielen will, für Kupfer, Messing, Zinn, Blei, alles Eisen, Wälder & Eisenlampen, sowie Zeitungen, richte seine Adresse an 5582
Karl Kreis, Morgenstr. 22

Wilhelm Haug.
Wöfingen, Kirchgasse.
Bringe mein neueröffnetes
Spezerei-, Wurstwaren- sowie Flaschenbiergeschäft
in Empfehlung. Ich werde stets bestrebt sein, meine werthe Kundenschaft gut und billig zu bedienen.

Ein fleißiges braves 18 Jahre altes Mädchen
vom Lande (Waise) wünscht auf 1. März bei freundlichen guten Leuten in Stellung zu treten.
Näheres in der Exped. d. Bl.

Städt. Seefischmarkt
am Donnerstag Nachmittag von halb 4 bis 7 Uhr und Freitag Vormittag von 8 bis 1 Uhr.
Karlsruhe, den 5. Febr. 1908.
Städt. Schlacht- u. Viehhof-direktion.

Es liegt in Ihrem eigenen Interesse
am Freitag den 7. Februar bei Herrn Ludwig Bühler, Lachnerstrasse, Ecke Gottesauerstrasse, die Gratisprobe von

Heims flüssigem Kaffee
zu besuchen. Dieselben haben bereits vorige Woche mit größtem Erfolg stattgefunden.

Preiswerte Lebensmittel

Gerstenkaffee
p. Pfd. 18, bei 5 Pfd. 16

Echter Malzkaffee
dasselbe wie in Paket
p. Pfd. 25, bei 5 Pfd. 23

Spezialkaffee
per 1/2 Pfd. 80 Pfg.

Würfelzucker
per Pfd. 23 Pfg.

dto. süddeutsches Erzeugnis
bei 5 Pfd. 22 1/2 Pfg.
5 Pfd. - Pakete 1,15.

Cichorie
1/2 Pfd. 22, bei 5 Pfd. 21

Rahmsalz
per Pfd. 9 Pfg.

Reis
per Pfd. 15 Pfg.

Basmatireis
per Pfd. 17 Pfg.

Gerste
per Pfd. 17 Pfg.

Maccaroni
per Pfd. 25 Pfg.

Einwasch. Gutes
per Pfd. 30 Pfg.

Eiermehl
per Pfd. 40 Pfg.

Eierriehel
per Pfd. 45 Pfg.

Milchzucker
per Pfd. 40 Pfg.

Hörndchen
per Pfd. 40 Pfg.

Mehl O-Ausgang
5 Pfd. 90 Pfg.

Sauerkraut
per Pfd. 7 Pfg.

Ph. Luger u. Fil.
Durlach.

Stock-fische
in bekannter Güte
per Pfd. 23 Pfg.

Bismarck-häringe
4 Liter-Dose 1.50
561 empfiehlt

E. Bucherer
Zähringerstrasse 21,
Amalienstrasse 14,
Göthestrasse 35,
Durlacherstrasse 56,
Durlacher Allee 32,
Rintheim Hauptstr.
Telefon 392.

Auffallend billige Preise:

Zucker	25	Milchschokolade	50
guter gebrannter Kaffee	30	Schokolade und Zwetschen	25
mit Zugaben	1.20	reines Schweineschmalz	70
Sparferneise	30	Dörrfleisch	1.10
Kernteife	30	Preßkorn	90
gelbe Seife	28	sowie Durlacher Brot und	
gutes Salatöl	1.-	Werk.	
Repsöl	92		570

Grosse Karnevals-Gesellschaft Karlsruhe

Sonntag den 9. Februar 1908
abends 7 1/2 Uhr
im
grossen Saale der Festhalle

Grosser kostümierter Ball

Musik: **Grenadierkapelle.**

Ballanzug oder Kostüm. Unanständige Kostüme oder Masken werden zurückgewiesen. Eintritt für Mitglieder 1 Mark, für Nichtmitglieder 2 Mark. Karten sind bis Sonntag mittag in der Zigarrenhandlung **Meyle**, Marktplatz, und abends an der Kasse zu haben.

Saallöffnung 6 Uhr. Eingang durch den Garderobenanbau.

Unsere Bälle zählen trotz des niederen Eintrittspreises anerkanntermassen zu den schönsten und gemütlichsten Veranstaltungen der Stadt und werden ausschliesslich aus besseren Kreisen besucht.

Der Elfer-Rat.
Julius Kaller, Präsident.

Während der Weissen Woche

Hüte, Mützen, Hemden, Kragen, Manschetten, Krawatten, Normal-Wäsche, Schirme, Stöcke, Herrenartikel.

Gewähre bis zum 10. d. M.

10-20% Rabatt in bar.
Riesige Auswahl.

Auguste David,
17a Kronenstr. 17a.
Versäumen Sie nicht diese Gelegenheit.

Arbeiter, greift zum Gewehr!

verlangt von Eurer Braut oder Frau vor allem ein gutes und gefundes Dauerbett, das ohne Reparaturkosten auf mindestens 20 Jahre garantiert. Das liefert direkt an Private als Spezialität **Steidlinger & Roth, Matratzenfabrik**
Karlsruhe i. B., Leffingstrasse 31.
Muster sowie Modelle versenden wir franco gegen franko Verlang frei Ihrer Babstation. Verpackung nehmen franco zurück. Zeugnisse erhalten wir fast täglich, z. B.

„Mit Ihren gelieferten aufbedehren Bettrösten und Betten Ober-Matratzen sind wir voll und ganz zufrieden. Wir haben dreierlei Bettröste in Gebrauch, ziehen aber ihre Fabrikate vor, da wir dieselben einfach, praktisch und vorteilhafter finden. In Verwandten- und Bekanntenkreisen werden wir Sie aufs beste empfehlen.“
Karlsruhe, den 1. November 1907.
H. B. und Frau.